

diesen furchtbaren Krieg führt, zwingt auch sie, sich (noch) stärker vom Chauvinismus des Putin-Regimes abzugrenzen. Sie diskutieren heute anders über Kolonialismus, Imperialismus, Feminismus und Geschlechterbeziehungen als noch vor zwei Jahren. Hier können deutsche Zivilgesellschaft und Politik noch stärker anknüpfen, um diesen gesellschaftlichen Wandel zu fördern.

Was ist schiefgegangen?

»Wenn Sie in Berlin die Politik beraten – können Sie mir dann auch sagen, was da eigentlich schiefgegangen ist?«, fragte mich jemand vor einiger Zeit auf einer Veranstaltung außerhalb der Hauptstadt. Wie konnte es zu diesem Krieg kommen? Warum wurde er nicht verhindert? Welchen Anteil hatte die deutsche Politik daran, welche Versäumnisse haben sich deutsche Regierende zuzuschreiben?

Egal, wie man es dreht und wendet: Deutschland spielt in Europa immer eine wichtige Rolle. Seine Größe, seine Wirtschaftskraft und seine Geschichte führen dazu, dass deutsches Handeln Aufmerksamkeit auf sich und Reaktionen nach sich zieht – genauso wie deutsches Nichthandeln. Die deutsche Russland- und Osteuropa-Politik wurde inner- und außerhalb Deutschlands schon lange kontrovers diskutiert. Seit der russischen Vollinvasion in der Ukraine im Februar 2022 gilt sie als diskreditiert und gescheitert, weil sie mit Russland zu konziliant und den übrigen Staaten der Region gegenüber zu ignorant gewesen sei.

Mein Blick auf Osteuropa hat sich im Laufe von drei Jahrzehnten sehr gewandelt. In der westdeutschen »Gorbimanie« der 1980er-Jahre aufgewachsen, führte mein Weg, wie auch der vieler meiner damaligen Kommiliton:innen, über Russland. Ich lernte

Russisch, studierte in Sankt Petersburg und konzentrierte mich auch bei meiner wissenschaftlichen Arbeit zunächst auf Russland. Der Wechsel von Berlin nach Paris, wo ich von 2007 bis 2012 am Institut für Sicherheitsstudien der Europäischen Union für die Länder der östlichen Nachbarschaft und Russland zuständig war, veränderte meine Perspektive in doppelter Weise: Ich begann, mich intensiv mit der Ukraine, Belarus und dem Südkaukasus zu befassen, und erhielt tiefe Einblicke in Gesellschaften, die sich dynamisch veränderten. Ich lernte, nicht mehr »durch Russland hindurch« auf diese Länder zu blicken. Ich arbeitete außerdem in Paris und Brüssel mit Menschen aus allen EU-Mitgliedsstaaten zusammen. Die Auseinandersetzung mit dem Russland- und Osteuropabild polnischer, estnischer oder schwedischer Kolleg:innen half mir, meine eigenen – recht deutsch geprägten – Annahmen zu hinterfragen. Die Pariser Jahre brachten mir den Perspektivwechsel, den die deutsche Politik und Öffentlichkeit erst nach 2014 langsam vollzogen.

Drei Jahrzehnte deutsche Osteuropa-Politik

Kein Kapitel über die Politik Deutschlands gegenüber der Ukraine und Russland kommt ohne einen Rückblick auf die Jahrzehnte seit dem Ende des Ost-West-Konflikts aus. Ich möchte hier auf eine weitere chronologische Darstellung verzichten.⁷ Stattdessen werde ich einige Schlüsselmomente herausgreifen, die in der Retrospektive besonders bedeutsam waren.

Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag über die deutsche Einheit und mit der Charta von Paris wurde 1990 ein Traum wahr: ein geeintes Deutschland in einem geeinten Europa. In Deutschland war in dieser Zeit ein Gefühl der Dankbarkeit gegenüber Michail Gor-

batschow verbreitet, weil er die Einigung geschehen ließ. Aber 1989 und 1990 wurde auch knallhart um die Regelung der Deutschland-Frage gerungen. Die US-amerikanische Historikerin Mary E. Sarotte hat den Ablauf der Verhandlungen minutiös rekonstruiert. Sie zeichnet das Bild einer präzedenzlosen historischen Situation, in der die Vertreter:innen der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands unterschiedlichste Ideen durchspielten und wieder verwarfene. Dazu gehörte die Idee, dass die NATO von einer Ausdehnung über die Ostgrenze des vereinigten Deutschlands hinaus absehen sollte.⁸ Sie wurde niemals in einem offiziellen Dokument formuliert, geschweige denn in einem völkerrechtlich gültigen Vertrag festgeschrieben. Die russische Propaganda behauptet seit zwei Jahrzehnten gebetsmühlenartig, »der Westen« habe der Sowjetunion damals den Verzicht auf die NATO-Osterweiterung zugesagt. Das ist eine Lüge, die bis heute auch in der deutschen Debatte immer wieder aufgegriffen und als wahr behauptet wird. Tatsächlich existierten sowohl die Sowjetunion als auch der Warschauer Pakt noch, als im September 1990 der Zwei-plus-Vier-Vertrag und im November 1990 die Charta von Paris unterzeichnet wurden. Die Erweiterung der NATO um Polen oder andere ostmitteleuropäische Staaten, die damals Mitglieder des Warschauer Paktes waren, stand schlüssig nicht auf der Tagesordnung.

Die Bundesrepublik trat in den 1990er-Jahren als Fürsprecherin einer möglichst engen Bindung zwischen der Europäischen Union, der NATO und Russland auf. Diese Politik war von der Überzeugung getragen, dass nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die Vision Gorbatschows von einem »Gemeinsamen Haus Europa« verwirklicht werden könnte. Daran wollte man arbeiten, um den Kontinent zu einen, zu befrieden und einen Teil der Schuld abzutragen, die Deutschland durch den Zweiten Weltkrieg

auf sich geladen hatte. »Russland, so damals der einfache und nicht unbegründete Gedanke, werde sich mit dem (relativ) friedlichen Umbruch von 1989 und der Auflösung der Sowjetunion 1991 nun seinerseits aus dem Gefängnis eines immer erneuerten Weltmachtstrebens entlassen und könnte endlich ein stinknormales Staats- und Gemeinwesen im Konzert der Nationen und Länder Europas, Asiens und der übrigen Welt werden – so wie Deutschland es nach der finalen Niederlage von 1945 auch geworden und trotz oder wegen der Wiedervereinigung von 1990 auch geblieben ist.⁹ So beschrieb der Historiker Gerd Koenen die Stimmung in der euphorischen Wendezeit. In Deutschland war man überzeugt, dass Sicherheit in Europa nun endlich *mit* Russland möglich sei und auch nur so nachhaltig sein konnte.

Die deutsche Politik sah sich aber auch als Anwältin der mittelosteuropäischen Länder, die sich nach dem Ende des Warschauer Paktes und dem Zerfall der Sowjetunion 1991 als souveräne Staaten neu positionierten – und sehr schnell den Wunsch formulierten, der NATO und der EU beizutreten. Für sie waren die Jahrzehnte unter sowjetischer Vorherrschaft noch sehr gegenwärtig. Sie blickten besorgt auf die stärker werdenden nationalistischen und kommunistischen Kräfte in Russland. Deutschland unterstützte die Aufnahme dieser Länder in die NATO und die EU. Das führte in den späten 1990er- und frühen 2000er-Jahren zu ersten Verstimmungen im Verhältnis mit Russland.

Die 2000er-Jahre waren ein Jahrzehnt der Schwankungen in der deutschen Politik. Politiker:innen aller Parteien standen zu lange im Bann der Rede, die Wladimir Putin am 25. September 2001 vor dem Deutschen Bundestag gehalten hatte. Der russische Präsident sprach damals von der großen Bedeutung guter deutsch-russischer Beziehungen, von Demokratie und den positiven Auswirkungen der europäischen Integration, vom gemeinsamen Kampf gegen